

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1948**

31 (11.8.1948)

# Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 31

Mannheim, 11. August 1948

Preis 15 Pfg.

## Herunter mit den Preisen! Herauf mit den Löhnen!

Es geht um die nackte Existenz — Gewerkschaften und Betriebsarbeiter protestieren — Generalstreik in Hessen?

(EB) Die schillernde Silberstreifenpropaganda der Herren von Bizonesien ist wie eine Seifenblase zerplatzt. Die breiten Massen des schaffenden Volkes verspüren bereits mit aller Macht die Folgen der großkapitalistischen Währungsreform. Angesichts der steigenden Preise, für welche die CDU-Mehrheit im Wirtschaftsrat genau so verantwortlich zeichnet wie die SPD-Mehrheit im Länderrat, unter dem Druck der sinkenden an und für sich schon niedrigen Löhne und der wachsenden Arbeitslosigkeit verfehlen selbst die mit gehobenen Waren gefüllten Schaufenster ebenso wie bizonesische Doktorenreden über die „Kaufkraft“ der neuen Dollar-Mark-Währung ihre Wirkung. Die harte Wirklichkeit spricht eine zu deutliche Sprache, und das werktätige Volk erkennt immer klarer, daß es heute darum geht, um seine nackte Existenz zu kämpfen.

Allerorts mehren sich die Zeichen, daß die Werktätigen sich zusammenfinden zur Selbsthilfe und zum Widerstand gegen den Großangriff der Reichen auf die Lebenshaltung der Armen. Allerorts findet sich das schaffende Volk zusammen und erhebt mit uns Sozialisten die Forderung:

**Herunter mit den Preisen!  
Herauf mit den Löhnen!**

### Für wen opferten sich Ludwigshafens Arbeiter?

Hunderte von deutschen Arbeitern mußten in den Badischen Anilin- und Sodawerken in Ludwigshafen ihr Leben lassen oder ihre Gesundheit einbüßen.

Zwar wurde von französischer Seite aus demütiert, daß in Ludwigshafen Kriegsmaterial hergestellt wurde. Durch die strenge Überwachung der zur Unglücksstätte geiltten Pressevertreter und ein teilweises Fotografierverbot hat dieses Dementi aber schnell an Ueberzeugungskraft verloren. Selbst der Pressechef des Verwaltungsrates des Zweizonen-Wirtschaftsrates, Knappstein, gab auf einer Pressekonferenz zu, daß „kein Kinderspielzeug in den Anilinwerken hergestellt wurde und die Angelegenheit vielmehr wahrscheinlich einen sehr starken militärischen Hintergrund habe.“

Unmittelbar nach der Katastrophe forderte der Parteivorstand der SED-KPD die sofortige Einstellung der Kriegsproduktion in allen Betrieben, die Ueberführung der Chemie- und aller anderen Konzernbetriebe in die Hände des Volkes, eine internationale Untersuchung der Ursachen der Katastrophe unter Führung des Weltgewerkschaftsbundes und strengste Bestrafung der Schuldigen sowie die Bereitstellung ausreichender Mittel für die Hinterbliebenen und Verletzten.

Das leichtfertige Spiel mit dem Leben deutscher Arbeiter in Ludwigshafen — leichtfertig schon deshalb, weil vor einigen Monaten bei einer Kohlenstaubexplosion sechs Arbeiter ihr Leben einbüßten und dennoch keine Sicherungen getroffen wurden — beweist einmal mehr die Notwendigkeit, die schwerindustriellen und chemischen Werke den Händen der kriegslüsteren Monopole zu entreißen und sie in die Hand des deutschen Volkes zu überführen, damit dort endlich für den Frieden und den Wiederaufbau Deutschlands gearbeitet wird.

### Weihbischof Dr. Scharnagl im Gestapo-Dienst?

Wie die „Badische Zeitung“ vom 7. 8. berichtet, hat der Generalankläger den früheren Münchener Weihbischof Dr. Anton Scharnagl Klage erhoben und seine Einstufung in die Gruppe der Hauptschuldigen verlangt. Weihbischof Dr. Scharnagl soll Vertrauensmann der Gestapo gewesen sein. Im Jahre 1946 hat er die Karte als Nichtbetroffener erhalten.

Die Arbeiter eines Mannheimer Großbetriebes haben zur Unterstreichung dieser ihrer Forderung heute ihren Betrieb verlassen und zogen durch die Straßen der Stadt. Der Ortsausschuß Mannheim des Gewerkschaftsbundes Württemberg-Baden warnt in einem Aufruf vor der Preistreiberei und fordert: Herunter mit den Preisen.

Die Mannheimer Werktätigen, alle diejenigen, die darauf angewiesen sind, von ihrer Hände Arbeit zu leben, erheben laut die Forderung, die in diesem Aufruf bedauerlicherweise nicht enthalten ist: Herauf mit den Löhnen! In Hessen wird, nach einer DPD-Meldung, die gesamte werktätige Bevöl-

kerung im ganzen Land einen halb-tägigen Generalstreik und Protestkundgebungen gegen Preiswucher, Lohndruck und Nichtdurchführung des Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte durchführen. Nur die gesammelte Kraft der Werktätigen kann dem unver-schämten Angriff auf ihre Lebenshaltung Halt gebieten. Die KPD, die Partei des Volkes, wird die Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Hausfrauen zum Protest gegen die katastrophale bizonesische Preispolitik zusammenfassen und sich nicht beirren lassen in ihrer Forderung:

**Herunter mit den Preisen!  
Herauf mit den Löhnen!**

## Demonstration auf dem Mannheimer Markt

Mannheimer Arbeiter verlassen Betriebe und protestieren gegen bizonesischen Preiswucher — Gewerkschaftssekretär Kober fordert höhere Löhne

Mannheim erlebte am Dienstag dieser Woche eine imposante Protestkundgebung gegen den allgemeinen Preiswucher. Die 1000 Mann starke Belegschaft der Motorenwerke marschierte in der Frühe gegen 8 Uhr geschlossen auf den Markt der Innenstadt. Auf dem Anmarsch schlossen sich noch Hunderte an, darunter vorwiegend Hausfrauen. Die Zahl der Protestierenden reichte aus, um einen fünfzehen Kordon um den Markt zu legen und die Verkaufsstellen zu füllen.

Die unmittelbare Wirkung dieser Demonstration gegen die Ausplünderung des Volkes war das Aufhören der Verkäufe und vielfach das Aendern der ausgeschriebenen Preise. Pfirsiche, die ausgeschrieben waren mit DM 1,50 das Pfund, kosteten plötzlich nur noch 90 Pfg., Tomaten trugen plötzlich die Preisdeklaration von 18 Pfg. wo zuvor 38 Pfg. gestanden hatte. Zwetschgen sanken im Preis von 58 Pfg. auf 38 Pfg. herunter.

Auf dem Markt entwickelten sich lebhafte Diskussionen. Die Schuld der Direktoren des Frankfurter Wirtschaftsrates an den katastrophalen Preisverhältnissen war der Hauptgegenstand dabei; die Forderung nach Preisfestsetzung und Kontrollinstanzen

allgemein. In diesem Sinne sprach auch der Gewerkschaftssekretär und Stadtrat Ludwig Kober zu der vielköpfigen Menge vom Brunnen des Marktplatzes. Eine Delegation der Arbeiter der Motorenwerke wurde bei Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier vorstellig, um ihn zu entsprechenden Maßnahmen zu veranlassen.

Eine Stärkung der Kaufkraft des werktätigen Volkes ist lebensnotwendig. Mit den Wucherpreisen muß Schluss gemacht werden. Die Löhne sind zu niedrig. Die versprochene 15proz. Lohnerhöhung ist kaum in einem Betrieb der Privatindustrie verwirklicht. Demonstrationen gegen die hohen Preise dürfen kein Grund sein, die Arbeiterschaft vergessen zu lassen, um für die Steigerung der Löhne zu kämpfen. Ebenso darf nicht übersehen werden, daß die große Schuld nicht bei den Klein- oder Zwischenhändlern liegt, sondern bei den Politikern der CDU und DVP im Wirtschaftsrat und auch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten des Länderrats, die dem Wirtschaftsminister Erhardt die Möglichkeit eingeräumt haben, die Preise ohne Grenzen emporschnellen zu lassen.

## Mitbestimmungsrecht vor dem Landtag

SPD bereit, „den Mehrheitsverhältnissen“ Rechnung zu tragen  
KPD für volles Mitbestimmungsrecht

(Stgt. V. St.) Die Landtagssitzung brachte die langerwartete Debatte über das Mitbestimmungsrecht anläßlich der zweiten Beratung des Gesetzes über die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Verwaltung und Gestaltung der Betriebe.

Die Vertreter der bürgerlichen Parteien bekannten sich zum Regierungsentwurf, der in wirtschaftlichen Fragen nur ein Beratungs- und Anhörungsrecht der Betriebsräte vorsieht. Selbst dieses Recht soll nur für Betriebe mit einer Belegschaftsstärke von über 150 Köpfen gelten. Die SPD besteht auf einer Begrenzung der Zahl

der Arbeitnehmer bei 100, ist aber im übrigen bereit, „den Mehrheitsverhältnissen“ Rechnung zu tragen.

Der bisherige Arbeitsminister Rudolf Kohl räumte gründlich auf mit der Legende, daß er das Gesetz verzögert und daß er im Kabinett eine andere Stellung als im sozialpolitischen Ausschuß eingenommen habe. Auf die wirtschaftliche Mitbestimmung komme es gefade an. Platonischen Erklärungen über die Arbeitskraft als Grundlage unserer Währung müsse man das Recht der Arbeiterschaft auf Mit-sprache beim Aufbau gegenüberstellen.

## 3. Volkskongreß im Herbst 1948

Verabschiedung des Verfassungsentwurfes der deutschen demokratischen Republik

Die 4. Tagung des Deutschen Volksrates unter dem Vorsitz von Otto Nuschke nahm einstimmig folgende Entschlieung an:

„Der Volksrat stimmt den vom Verfassungsausschuß vorgelegten Richtlinien für die Verfassung der deutschen demokratischen Republik zu und unterbreitet die Richtlinien der Öffentlichkeit zur Stellungnahme.“

Der Verfassungsausschuß wird beauftragt, bis Mitte September die endgültige Formulierung eines Verfassungsentwurfes vorzunehmen.

Das Präsidium des Deutschen Volksrates wird beauftragt, die Vorbereitungen zur Abhaltung des 3. Deutschen Volkskongresses im Herbst zu treffen, dem u. a. die Verabschiedung des Verfassungsentwurfes obliegen wird.“

### Der Steigbügelhalter

Der frühere deutsche Notverordnungskanzler und Zentrumsolitiker Dr. Brüning ist aus Amerika in Bizonesien eingetroffen. Zweifellos ist er ausersuchen, im westdeutschen Dattelstaat eine hervorragende Rolle zu spielen. Die lizenzierte Kolonialanzeigerpresse beeilt sich zwar, den „rein privaten Charakter“ seines Aufenthalts hervorzuheben. Doch zur 700-Jahr-Feier des Kölner Doms soll er in Anwesenheit hoher klerikaler Würdenträger, darunter 9 Kardinäle und 25 Bischöfen und von Politikern aus Deutschland und den europäischen Ländern dem Volk als neuer „Führer“ schmuckhaft gemacht werden. Der Vorläufer Hitlers soll sein unmittelbarer Nachfolger werden. Der Steigbügelhalter Hitlers, Vortruch und Nachfrucht des dritten Reiches zugleich, ist wie kein anderer geeignet, Statthalter der Reaktion zu werden. Das schaffende Volk aber ist auf der Hut, denn es hat nicht vergessen.



Es sind immer noch die Alten,  
Die der Reaktion die Bügel halten!  
lux

### So kann man nicht leben

Preise und Löhne stehen in einem schreienden Verhältnis zueinander. Heute schon können viele Arbeiterfamilien die Zuteilungen für ihre Familienangehörigen nicht mehr vollständig einkaufen. Nachstehende Gegenüberstellung der Lebenshaltungskosten mit dem Verdienst eines Arbeiters spricht eine deutliche Sprache.

#### Lebenshaltungskosten

Mindestausgaben für Lebensmittel im Monat Juli 1948 auf Grund der Kartenzuteilung einschließl. Obst und Gemüse:

	Frau	Ehe-mann	JgdL	Klein-kind
Brot u. Nahrungsmittel	5,10	5,10	5,50	3,60
Kaffee-Ersatz	—,15	—,15	—,15	—,15
Kartoffeln	4,20	4,20	4,20	4,20
Fleisch und Fisch	2,90	2,90	2,90	2,90
Käse und Milch	—,93	—,93	1,41	5,70
Zucker	1,56	1,56	1,56	1,56
Trockenfrüchte	1,20	1,20	1,20	—
Fett	2,—	2,—	2,—	1,64
Gemüse	11,40	11,40	11,40	8,—
Obst	2,40	2,40	4,00	9,—
Zwieback	—	—	—	1,35
Salz, Essig, Gewürze	—,60	—,60	—,50	—
Waschmittel	—,50	—,50	—,50	—,50
Schuhreparatur	5,—	5,—	8,50	2,50
Zigaretten	3,20	6,40	—	—
Straßenbahn	1,—	10,—	—	—
	62,14	64,34	44,62	41,10

Familie mit 3 Kind.		Witwe m. 2 Kindern	
Ehefrau	42,14		
Ehemann	64,34	Frau	42,14
2 Kleinkinder	82,20	Jugendl.	44,62
1 Jugendl.	44,62	Kleinkind	41,10
Miete	40,—		30,—
Licht, Gas usw.	15,—	Licht, Gas usw.	10,—
	DM 288,30		DM 167,86

#### Verdienst eines Arbeiters

	Stunden-lohn in DM	Arbeitszeit Stunde	Brutto-lohn in DM	Monats-lohn in ca. DM
Metallarbeiter	1,20	45	54,—	192,—
Baufacharbeiter	1,30	45	58,50	210,—
Angelernter Arbeiter	1,10	45	49,50	180,—
Straßenbahner	1,15	48	55,20	194,80

Eine Metallarbeiterfamilie mit drei Kindern hat also Ausgaben, die um ein Viertel höher sind als die Einnahmen, wobei Ausgaben für Bekleidung, Wäsche, Neuanschaffung von Haushaltgegenständen usw. nicht einmal einkalkuliert sind. Und da erklären die Herren in Frankfurt, es sei bereits „zuviel Geld im Umlauf“ und wollen deshalb die Kopfluote nicht auszahlen. Der kleine Mann, der Werk-tätige, kann so nicht weiterleben. Er kämpft mit der Kommunistischen Partei für das volle Mitbestimmungsrecht der Werktätigen, für Herabsetzung der Preise, für Steigerung der Löhne.

# Elendsbilanzen

### Preise und Verbrauchsziffern

Es ist nicht nur gut und aufschlußreich, den politischen Teil alter Zeitungen zu studieren, sondern ebenso wichtig, sich den Inseratenteil anzuschauen. Aus den dort offerierten Preisen wird uns das Ausmaß des heutigen Preiswuchers erst wieder voll bewußt. Es ist gleichgültig, ob wir die Preise angebotener Lebensmittel, Haushalts- oder Gebrauchsgegenstände ansehen: in jedem einzelnen Falle stellen wir fest, daß die heutige Preishöhe das vier- und fünffache jener Zeit beträgt. Die Löhne aber sind gleich geblieben.

Wir haben bei dem Vergleich der Preishöhe des Jahres 1932 oder 1938 mit der nach der Währungsreform drastisch das Maß unserer Ausnützung, unserer riesigen Armut vor Augen. Der Lebensstandard des deutschen, schaffenden Volkes ist auf ein Drittel und viertel früherer Zeiten gesunken. Die Verantwortlichen für die Lage in Westdeutschland stehen vor einer verheerenden Bilanz. Der Frankfurter Wirtschaftsrat, der nach der Warenhortung und der Währungsreform den Preisen die Zügel schießen ließ, hat auf Kosten des schaffenden Volkes der Reaktion zu einem Triumph verholfen. Die „freie Unternehmerinitiative“, das „freie Spiel der Marktwirtschaft“ sind der agitatorische Begleittext für den schamlosesten Ausplünderungsfeldzug der Reaktion gegen all die, die von ihrer Arbeit leben.

Eine andere Bilanz unseres Elends erhalten wir bei der Betrachtung offizieller Statistiken über den Verbrauch an wichtigsten Lebensmitteln pro Kopf der Bevölkerung eines Jahres. In den USA wurden 1944 68 kg, in England 48 kg Fleisch je Kopf der Bevölkerung verbraucht. Der Normalverbraucher in der Bizone mußte sich 1947 mit 5,2 kg begnügen.

1947 wurden im Durchschnitt in Amerika 25 kg, in Kanada 25 kg und in England 22 kg Fett pro Kopf verbraucht. In der Bizone betrug die Jahreszuteilung ganze 2,6 kg Fett pro Kopf der Bevölkerung.

Der Zuckerkonsum des gleichen Jahres lag in den USA bei 38 kg, in Kanada bei 36 kg, in England bei 29 kg.

6,5 kg hat der Normalverbraucher in der Bizone erhalten.

Den 8 Stück Eiern, die im Durchschnitt pro Kopf in der Bizone im Jahre 1947 zugeteilt worden sind, steht in Amerika ein Eierverbrauch von 320, in Kanada von 300 und in England von 180 Stück gegenüber.

Mit durchschnittlich einem Zehntel dessen, was in anderen Ländern für eine ausreichende Ernährung als notwendig angesehen wird, mußte der deutsche Normalverbraucher auskommen!

(Aus Mannheimer Zeitungen des Jahres 1932)

**WRONKER**  
MANNHEIM

**von Schreiber Müllig**

- Bedol: 30,-
- Margarine: 29,-
- Hohesieb: 26,-
- Deutsches u. amerikanisches Schweinefleisch: 80, 78, 68
- Frische Eier: 80, 78, 68

**In der Haushalt-Abteilung**

**SCHMOLLER**

**Vorgestern und heute**

Kaffeetasche mit Untertasse . . . 1,95—2,10 DM  
 Eßsteller tief oder flach . . . 1,25—1,60 DM  
 Aluminiumtopf (22 cm) . . . 5,50—8,25 DM  
 10 Eier . . . . . 5,— DM  
 Kaffeeservice (6 Pers.) . . . 32,— DM  
 Einige Preise heute:

## Volksecho wird Tageszeitung

### Papierbewirtschaftung als Hindernisgrund gefallen — Amerikanische Militärregierung beschränkt sich auf Hilfe und Beratung

(EB) In seinem letzten Monatsbericht nach Washington über die Tätigkeit der amerikanischen Militärregierung in Deutschland berichtet der Militärgouverneur, General Clay, auch darüber, daß die Herstellung von Zeitungspapier um 30 Prozent zugenommen habe.

Als erste Folge konnten, nach General Clay, die Beschränkungen im Bezug auf Auflage, Seitenzahl und Erscheinungstage für die 51 lizenzierten sogenannten überparteilichen Zeitungen der US-Zone aufgehoben werden. Noch bestehen aber die Beschränkungen im Bezug auf Seitenzahl, Auflage, Erscheinungstage und Format für die Mitteilungsblätter der Parteien weiter. Auch das „Badische Volksecho“, das bereits längere Zeit ohne Papiermehrverbrauch im normalen Zeitungsformat erschienen war, aber wieder auf Anweisung der Militärregierung auf das unscheinbare und wenig praktische Kleinformat übergehen mußte, unterliegt noch dieser Beschränkung, obwohl eine Reihe von Mitteilungsblättern in der amerikanischen Zone, die in verschiedenen Orten in Hessen und Bayern erscheinen, unbeanstandet im Normalformat erscheinen dürfen. Das „Badische Volksecho“ hat sich deshalb an die Militärregierung gewandt und um Aufhebung dieser Beschränkung, die zunächst keine Auswirkung auf den Papierverbrauch hat, zu erwirken. Da es wirklich keine sachlichen Gründe gibt, die dem entgegenstehen könnten, ist zu erwarten, daß das „Volksecho“ demnächst im Normalzeitungsformat erscheinen kann.

Aber der Bericht des Generals Clay gibt Anlaß zu der Forderung, daß nun endlich auch in der amerikanischen Zone die Sonderbeschränkungen für die Parteipresse aufgehoben werden. General Clay selbst hat ja mehrfach erklärt, daß er grundsätzlich nichts gegen die Zulassung der Parteipresse einzuwenden habe. Die Papierknappheit, welche dieser Zulassung noch im Wege stand, ist jetzt behoben und wir

zweifeln nicht, daß General Clay nunmehr sein öffentlich gegebenes Versprechen auch einlösen wird.

Vielleicht darf man aus einer Denardmeldung über die Umbenennung der Information Control-Division I. C. D. in „Informationsdienst-Abteilung“ (Information-Service-Division I. S. D.) entnehmen, daß eine neue Einstellung gegenüber der Parteipresse in aller Kürze auch in der amerikanischen Zone dieselben Presseverhältnisse schaffen wird wie in den drei übrigen Besatzungszonen, wo Parteizeitungen schon seit langem bestehen. Verstärkt wird diese Vermutung durch die Erklärung des Leiters der Abteilung, Oberst Gordon E. Textor, daß die Informationsabteilung helfende und beratende Funktion ausübe.

Die Arbeiterstadt Mannheim wird also wieder eine Arbeiterpresse haben. Dies war in jedem Falle unvermeidbar. Das „Badische Volksecho“, Erbe und Nachfolger der Mannheimer „Arbeiterzeitung“, die 1933 von den Nazis unterdrückt und ausgeraubt, dennoch unter verschiedenen Namen während der ganzen Dauer des tausendjährigen Reiches weitererschienen, hat eine lange, ununterbrochene Tradition zu wahren. Recht und Notwendigkeit verlangen, daß nunmehr, da alle Voraussetzungen gegeben sind, die Beschränkungen fallen. Unsere Leserschaft kämpft mit uns und fordert:

Der Arbeiterstadt Mannheim die Arbeiterpresse!

Das „Badische Volksecho“ muß Tageszeitung werden!

Täglich 500 Waggon mit Lebensmitteln für sowjetischen Sektor

(EB) Gegenwärtig treffen täglich über 500 Waggon mit Lebensmitteln im sowjetischen Sektor von Berlin ein. Darunter befinden sich täglich 150 bis 200 Waggon sowjetischen Weizens aus den Häfen Rostock und Wismar

## Treffpunkt Belgrad

### Der Kampf um die Donau —

Am 30. Juli eröffnete der jugoslawische Außenminister Simitsch die Donaukonferenz in Belgrad. Sie soll die Schifffahrt auf Europas zweitgrößtem Strome, der 2500 Meter langen Donau, neu regeln. Schon auf den ersten Sitzungen zeichneten sich zwei klare Fronten ab, deren Interessen an der Donauschifffahrt nach entgegengesetzten Richtungen tendieren.

Die Anliegerstaaten — Bulgarien, Jugoslawien, Rumänien, Tschechoslowakei, Ukraine, Ungarn — wollen erörtern, wie die Lasten und Nutzen der Stromerhaltung gleichmäßig und gerecht verteilt werden können. Sie werden, von der UdSSR hierbei unterstützt, die fest darauf bestehen, die Donau frei von allen Kapitalanlagen ausländischer Herkunft zu erhalten. Diese Staaten wissen aus eigener bitterer Erfahrung, daß einströmendes fremdes Kapital zum systematischen Abbau der nationalen Unabhängigkeit führen muß und die Balkanstaaten wieder in Kolonialländer des Imperialismus verwandeln würde.

Die drei Westmächte proklamieren in Belgrad zur Rechtfertigung ihres Standpunktes, die Donau solle „frei sein wie ein Meer“ — und die nach dem Zusammenbruch des Faschismus ausgebotenen britischen Anteile an den Donau-Schiffahrtsgesellschaften schielen dabei unentwegt nach ihren alten Quellen des Profits. Warum haben eigentlich die Aktionäre der Suez- und Panama-Kanal-Gesellschaften ihre Schiffahrtsstraßen noch nicht für „frei wie ein Meer“ erklärt? Warum gab es noch vor drei Wochen in der Pariser Börse einen Sturm im Wasserglas, als USA-Finanziers darangingen, die französischen Suez-Kanal-Aktien aufzukaufen, nachdem ihnen ausgerechnet in London solche Manipulationen mißglückt waren?

Der Kampf um die Donau hat bereits historische Tradition. 1815 wurde auf dem Wiener Kongreß die erste zwischenstaatliche Regelung getroffen. Nach dem Krim-Krieg entstand 1853 die „Europäische Kommission“ mit dem Sitz in Gölitz, deren Geltungsgebiet jedoch auf die Donaumündung beschränkt blieb. Das Ergebnis der Donaukonvention von 1921 in Paris war eine „Internationale Donaukommission“ auf jener Basis der Donauschiffahrts-Akte, die einen Zustrom von fremdem Kapital nicht unterband, sondern förderte.

Auf diese „wohlerworbenen Rechte“ pocht heute die französische Delegation in Belgrad und erklärt kategorisch, keinen Beschluß der jetzigen Konferenz anzuerkennen, wenn er nicht die Billigung Frankreichs findet. Selbst dann, wenn eine 2/3-Mehrheit jene „wohlerworbenen Rechte“ in der Mottenkiste verschlummern lassen möchte, Fürwahr, ein praktisches Beispiel von Demokratie, wie man sie im Westen aufstellt.

Der amerikanische Vertreter glaubte, die Tatsache für sich ausnützen zu können, daß Deutschland als natürlicher Uferstaat an dieser Konferenz nicht vertreten ist. Er unterließ es wohlweislich, den Grund dafür zu nennen. Waren es doch gerade die Westmächte, die durch eine separate westdeutsche Währungsreform die Bildung einer deutschen Zentralregierung bedeutend erschwert haben. Es ist bedauerlich, daß der deutsche Standpunkt in Belgrad nicht vertreten wird. Aber wir könnten, wenn es schon noch keine eigene deutsche Souveränität gibt, eine „Vertretung“ unserer Interessen nicht anerkennen, die etwa so ausfallen würde, wie in London die deutschen Interessen in der „Internationalen Ruhrbehörde“ von Kapitalisten fremder imperialistischer Mächte wahrgenommen werden. H. O.

## Vorschlag: „Gesamtdeutscher Gewerkschaftsbund“

(EB) Der geschäftsführende Bundesvorstand des FDGB hat seine Vertreter verpflichtet, auf der 9. Interzonenkonferenz der deutschen Gewerkschaften vom 17.—19. August in Lindau am Bodensee einen Vorschlag für die Schaffung eines Zentralrates der deutschen Gewerkschaften zu unterbreiten. Die Hauptaufgabe des Zentralrates der deutschen Gewerkschaften wird die Vorbereitung der Gründung eines Gesamtdeutschen Gewerkschaftsbundes sein.

## Dieselbe soziale Struktur wie 1939

Während die Völker Europas sowohl im Westen, wie im Osten ihre Meinungen über die deutsche Gefahr nicht geändert haben, fängt die amerikanische — und in geringerem Maße auch die britische — Politik an, Deutschland als einen möglichen Verbündeten gegen den Kommunismus zu behandeln. „Trotz der halbherzigen Versuche in der Denazifizierung hat sich in Westdeutschland bis heute die soziale Struktur von 1939 erhalten. Die Schwerindustrien sind weder nationalisiert noch internationalisiert worden und die Bodenreform ist endlos hinausgeschoben worden. Als Resultat sind die neofaschistischen Kräfte, die unter der Oberfläche immer stark waren, ermutigt worden, offen herauszutreten und die Stellung der SPD und der fortschrittlichen Kräfte in der CDU hat sich verschlechtert.“

The New Statesman and Nation, 17. 7. 48.

## Land ohne Lichtblick

„In Deutschland — diesseits des eisernen Vorhanges — regiert nicht das deutsche Volk, sondern General Clay, und der auf dem Boden der Tatsachen steht, tut gut daran, sich hiermit abzufinden. Die Bevölkerung Westdeutschlands sieht in Clay den „starken Mann“ der Okkupation, die Personalisierung der gesamten Besatzungspolitik. Man hält ihn für einen Deutschenhasser, Judenfreund. In Bayern gibt es kaum einen Menschen, der nicht davon überzeugt ist, daß Clay der Schwiegersohn Morgenthau oder ein Schwager des bayerischen Judenkommissars Auerbach sei.“ — so schreibt die Schweizer Zeitung „Tat“, Zürich, vom 2. Juni 1948.

## D-Mark wackelt

Die Nachricht, daß Truman und Marshall einer Einführung der Ostmark in den Berliner Westsektoren im Prinzip positiv gegenüberstehen, hat im Berliner Westen wie ein Blitz aus heiterem Himmel gewirkt. Die Geschäftsleute des Westens kamen in Bewegung und versuchten am Samstag um jeden Preis ihre D-Mark-Bestände in gute Ostwährung umzutauschen.

MI  
 D  
 Pa  
 sch  
 au  
 n  
 te  
 ten  
 K  
 ent  
 sich  
 die  
 tes  
 E  
 del  
 (La  
 Au  
 nis  
 geb  
 sen  
 trä  
 Pro  
 str  
 der  
 tra  
 zus  
 RN  
 in  
 Pro  
 der  
 nu  
 gli  
 dex  
 sitz  
 zah  
 De  
 der  
 run  
 wo  
 Un  
 dur  
 teil  
 ein  
 nun  
 pol  
 Ki  
 stä  
 ist  
 kli  
 ju  
 ge  
 Wi  
 wo  
 aus  
 um  
 Mi  
 gef  
 nac  
 kör  
 Ob  
 ges  
 mu  
 sch  
 wo  
 Kä  
 vie  
 Fal  
 m  
 e  
 der  
 da  
 Un  
 die  
 der  
 ent  
 haf  
 rich  
 sof  
 Yur  
 der  
 im  
 der  
 Tub  
 Wie  
 To  
 mer  
 der  
 Kar  
 Fak  
 ken  
 Die  
 Alk  
 ben  
 ges  
 doc  
 gew  
 Kar  
 der  
 mü  
 bes  
 sich  
 ling  
 aus  
 nen

# Staatsstreich in der Rhein-Neckar-Zeitung

Dr. Knorr (SPD) will sich des Blattes bemächtigen — Entlassungsorgien machen nicht vor Betriebsrat und politisch Verfolgten halt

Die bevorstehende Zulassung der Parteipresse auch in der amerikanischen Zone ist nicht ohne Auswirkung auf die Lizenzpresse geblieben. Nicht nur daß die Lizenzträger die Erschütterung ihrer Monopolstellung befürchten, ist auch unter ihnen selbst ein Konkurrenzkampf auf Leben und Tod entbrannt, in welchem sie versuchen, sich gegenseitig auszuschalten und sich die alleinige Beherrschung ihres Blattes für sich oder ihre Partei zu sichern.

Bei der Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg hat der Lizenzträger Dr. Knorr (Landtagsabgeordneter der SPD) unter Ausnutzung der speziellen Verhältnisse, die die Währungsreform mit sich gebracht hat und der häufigen Abwesenheit der beiden anderen Lizenzträger, Dr. Theodor Heuß (DVP) und Prof. Dr. Agricola (KPD) einen Staatsstreich inszeniert, der rücksichtslos auf den Schultern der Belegschaft ausgetragen werden soll. Dem schlagartig zusammengerufenen Betriebsrat der RNZ wurde am Samstag, dem 7. 8. 48, in lapidarer Form mitgeteilt, daß 25 Prozent der Belegschaft entlassen werden sollen.

Auf der Entlassungsliste stehen nicht nur alle nichtsozialdemokratischen Mitglieder des Betriebsrates, darunter auch der CDU angehörige Betriebsratsvorsitzende, sondern auch eine große Anzahl politisch und rassistisch Verfolgter. Der Verdacht liegt nahe, daß die in den Vordergrund geschobene Einsparungspolitik dieses Blattes, das sich wohl auch in Zukunft wohlwollender Unterstützung erfreuen wird und schon durch seinen umfangreichen Inseratenteil von mitunter mehr als drei Seiten eine kaum zu erschütternde Basis hat, nur eine raffinierte Tarnung einer politischen Machtergreifung darstellt.

## Nachwort zum Aerzteprozeß in Heidelberg

Das Volk hat nach dem Prozeß der Kinderklinik einige Fragen an die zuständigen Stellen zu richten. Warum ist die Leitung der großen Kinderklinik mit 350 kranken Kindern einem jungen, fachlich noch nicht ausgebildeten Arzt gegen seinen Willen von der Fakultät übertragen worden? Die Entlassung der Aerzte aus politischen Gründen damals ist um so weniger ein Grund, als von der Militärregierung in allen Fällen angefragt worden ist, ob der Betrieb nach der Säuberung weitergehen könne. Es war ein wenig belasteter Oberarzt vorhanden, der hätte eingesetzt werden können. Die Zustimmung für seine vorübergehende Beschäftigung wäre um so mehr erreicht worden, als bekanntlich sogar „alte Kämpfer“ und hohe SA-Führer an viel weniger wichtigen Stellen in der Fakultät im Amt blieben! Glauben die medizinische Fakultät und der damalige Rektor, ein Mediziner, daß ihr Verhalten, durch das schweres Unheil über die kleinen Kranken kam, die sich vertrauensvoll in die Hand der Klinik begaben, den Forderungen entspricht, die man an einen gewissenhaften Arzt stellen muß?

Warum hat der Referent der Unterrichtsabteilung in Karlsruhe nicht für sofortige Beseitigung der unhaltbaren Zustände in der Ambulanz der Kinderklinik gesorgt? Täglich kämen hier im engen Raum 70 bis 80 kranke Kinder mit Scharlach, Diphtherie, Masern, Tuberkulose stundenlang zusammen! Wieviel Krankheitsübertragungen und Todesfälle mögen dadurch vorgekommen sein! Die wiederholten Gesuche der Klinik um Abhilfe wurden von Karlsruhe nicht beachtet. Was tat die Fakultät, für die das Wohl des Kranken doch höchstes Gebot sein sollte? Die Zustände waren Stadtgespräch! Allein die Gewerkschaften haben sich für die kranken Kinder eingesetzt, so gut sie es konnten, was doch Sache der Herren Professoren gewesen wäre. Wenn der Referent in Karlsruhe und diese Herren ihre Kinder in die Klinik hätten schicken müssen, dann wäre das Uebel schnell beseitigt worden! Aber es handelte sich ja nur um die Kinder der Flüchtlinge und anderer Armen.

Sollen die Studenten der Medizin aus dem Verhalten ihrer Lehrer lernen, was ärztliche Ethik ist?

Wir fordern eine Antwort! K.

Dem offiziellen Leiter des Staatsstreiches, Dr. Knorr, dem selbst in den Kreisen seiner eigenen Partei mit Mißtrauen begegnet wird, stand als williger Büttel und bewährter Mentor ein aus der Versenkung wieder aufgetauchter und rein gewaschener Edelnaazi, ein Spezialist für blitz- und schlagartige Ueberfälle, Säuberung von Nazigegnern oder, wie es jetzt wohl wieder heißen dürfte, „politisch Unzuverlässigen“, in Person des vom Nationalsozialismus mit Orden geschmückten Hauptbuchhalters Gericke hilfreich zur Seite. Dabei scheuen die Verschworenen — wie schon weit über die Kreise der empörten Belegschaft hinaus bekannt ist — in ihrem „kalten Krieg“, in dem sich in widerlicher Weise persönliches und parteipolitisches Machtstreben vermischen, sogar nicht vor offenen Delikten, wie Verletzung des Briefgeheimnisses, zurück.

Staatsstreich in den Dschungeln der „demokratischen Pressefreiheit“! Die Führer dieses unterirdischen Feldzuges sollten sich ruhig in puncto Materialismus und totalitäre Arroganz an der eigenen Nase nehmen und über den Ostzonensplittern nicht die Westzonensplittren übersehen. Warum denn in der Ostzone wühlen, wenn man den eigenen Dreck zu Hause hat.

Der Betriebsrat der „RNZ“ hat das diktatorische und unsoziale Ansinnen der machthungrigen Betriebsleitung zurückgewiesen. Die Belegschaft der „Rhein-Neckar-Zeitung“ wird an Entschlossenheit ihren Kollegen von der „Gießener Freien Presse“, die in mehrtätigem Streik ihre Rechte gegen die hemmungslos neuaufgelegten Nazimethoden einer privilegierten neudeutschen Lizenzherrschaft zu wahren wußte, in nichts nachstehen. -tr-

# Fragwürdige „Gewährsleute“

VVN zur Lügenhetze der CDU-Zeitung „Union“

Die „Union“, das Nachrichtenblatt der CDU, zitierte am 18. Juli 1948 einen Artikel aus der Schweizer Zeitung „Neue Politik“. Was uns als VVN an diesem zitierten Artikel interessiert, ist folgendes:

„Auch diese Organisation, (nämlich das Rote Kreuz, d. Red.) wird von einem enragierten Kommunisten geleitet und stellt mit der VVN, dem Verband der Verfolgten des Nazisystems, die 5. Kolonne der russischen Infiltration Westdeutschlands dar. Auch diese Organisation wird von dem Präsidenten des Roten Kreuzes geleitet, die Mitglieder derselben sind, mit wenigen Ausnahmen, Kommunisten oder linksradikale Elemente, die im KZ waren, teils wegen krimineller, teils wegen politischer Vergehen gegen das Naziregime.“

Wer sind die Gewährsleute der „Union“? Die „5. Kolonne“, die sogenannten „Fröntler“, die Nazis der Schweiz! Das ist allein mit den Namen der Herausgeber und Redakteure der „Neuen Politik“ zu beweisen. Wir haben aber auch noch andere Beweise. Damit ist alles gesagt! Daß die Nazis lügen und keinen guten Faden an uns lassen, ist uns bekannt. Daß sich aber die „Union“ auf solche Gewährsleute beruft, halten wir für bedenklich. Wir

bedauern, daß auch die „Union“ dem Nazigrundsatz huldigt, es seien alle Todsünden bewiesen, wenn man von jemand nur sagen kann, er sei Kommunist. In unserer Organisation sind Mitglieder aller Parteien. Die Parteien selbst sind je mit einem Vertreter in unserem Landesauschuß betelligt. In unserer Organisation sind keine kriminellen Elemente. Wo wir feststellen, daß sich eine Person durch unwahre Angaben bezüglich ihrer Verfolgung in unsere Reihen eingeschlichen hat, wird die Anerkennung rückgängig gemacht. Leider hat sich die „Union“ hinter ausländischen Gewährsleuten versteckt. Wir würden ihr sonst Gelegenheit geben, den gerichtlichen Beweis ihrer üblen Meinung von der VVN anzutreten. Will die „Union“ nicht einmal sagen, welcher Meinung sie selber ist? Der Landesauschuß der VVN, der zu den Verleumdungen der „Union“ Stellung genommen hat, verwahrt sich jedenfalls in aller Form gegen die Ausfälle der „Union“ und ihrer Schweizer Lieferanten? Oder sollte der Artikel der „Neuen Politik“ erst von Württemberg in die Schweiz importiert worden sein? Es spricht einiges dafür!

VVN Württemberg-Baden  
Landesstelle Stuttgart — Pressestelle

# Radio Stuttgarts Oberhetzer

Angriffe in Lizenzpresse und Landtag — Der „Kommentator“ Heinz Frenzels — Fritsche muß verschwinden

(EB) „Wir lehnen es ab, unter dem Namen politische Kommentare Hetzreden zu hören“, erklärte der Sprecher der SPD, Dr. Fritz Eberhard, in der letzten Landtagssitzung gelegentlich der Beratung des Rundfunkgesetzes.

Auf die Ziffer 5 des neuen Gesetzes eingehend, nach der es festgestellten Kommentatoren nicht gestattet ist, ihren Namen zur Werbung für irgend eine politische Partei herzugeben, griff Abg. Schätzle den Kommentator von Radio Stuttgart, Frenzels, sehr scharf an, der sich erlaube, jedes Maß von Anstandsgefühl zu überschreiten und der glaube, wie seine Vorbilder Fritsche und Goebbels die Kommunistische Partei mit Lüge, Haß und Verdrehungen diffamieren zu können. „Dafür wird er noch bezahlt von den mühsam erworbenen Arbeiterroschen.“ Auf einen Zwischenruf, bei Radio Berlin würde auch keine andere Partei zum Sprechen kommen, entgegnete Schätzle, „wir wären froh, wenn Sie dafür sorgen würden, daß wir bei Radio Stuttgart genau soviel Zeit zur Verfügung hätten, wie am Berliner Sender die CDU und LDP.“

Das „Badische Volksecho“ hat mit seiner Veröffentlichung in Nr. 29 vom 28. Juli „Herr Frenzels schlägt die Pauke“ die Initiative ergriffen im Kampf um die Unparteilichkeit und Sauberkeit des württembergisch-badischen Rundfunks, in einem Kampf, der nicht ruhen wird, bis dem Oberhetzer Frenzels sein zungenfertiges Lügenhandwerk gelegt wird.

Unser Alarmruf hat Widerhall gefunden. Sogar die Lizenzpresse, die sich in ihrem Ton zumeist wenig von dem Frenzels-Fritsches unterscheidet, muß gegen ihn Stellung nehmen. In

der „Rhein-Neckar-Zeitung“ kann sich ein Artikelschreiber, hinter dessen Signatur „ge.“ sich mit Sicherheit der aus vielen Hetzartikeln bekannte, dem Lebensalter und der politischen Einsicht und Erfahrung nach erst halbflüchtige Horst Flügge verbirgt, nicht verkneifen, mit der Rüge an seinem größeren Konkurrenten in der Hetze, Frenzels, eine zynische Hetze gegen die Ostzone und gegen die KPD zu verbinden. „Pack schlägt sich, Pack vertritt sich“, im antikommunistischen Feldzug sucht ein Hetzer den anderen auszustechen. -w-

# Lang, lang ist's her: Das Doppelgesicht der SPD

Verleugnung der eigenen Grundsätze — Gegen Einheit Deutschlands

Als im Herbst 1922 die beiden sozialdemokratischen Parteien, Mehrheitssozialisten und Unabhängige, sich auf dem Parteitag in Nürnberg wieder zusammenschlossen, war die Verständigung über ein Einheitsprogramm vorausgegangen. Es ist nützlich, die Sozialdemokraten an dessen Wortlaut zu erinnern. Es begann mit den Worten: „Der Gang der geschichtlichen Entwicklung zeigt, daß der Kapitalismus der Welt Friede, Arbeit und Brot nicht zu geben vermag. Immer zwingender wird die Erkenntnis, daß die Menschheit nur durch den Sozialismus zu Freiheit und Wohlfahrt gelangen kann.“

Mit dem Ziel, die Klassenherrschaft zu beseitigen und den Sozialismus zu verwirklichen, forderte das Programm im rücksichtslosen Kampf gegen alle Bestrebungen zur Wiederherstellung der Monarchie, die Ausgestaltung der Reichswehr zu einer zuverlässigen Ver-

# Für gerechten Lastenausgleich Machtvolle Kundgebung in Heidelberg

(EB) In Heidelberg haben sich die durch das Hitlerregime am meisten geschädigten Personenkreise zu einer Notgemeinschaft zusammengeschlossen. Neubürger und Fliegergeschädigte, Evakuierte und politisch Verfolgte, Körperbeschädigte, Sozialrentner und Hinterbliebene wollen gemeinsam gegen die soziale Reaktion für ihre berechtigten Forderungen kämpfen. In einer machtvollen nach Tausenden zählenden Demonstration haben diese am meisten unter den Folgen des Nazisystems leidenden Teile unserer Bevölkerung ihre Forderungen gegenüber den Staatsorganen zum Ausdruck gebracht.

Die Notgemeinschaft fordert die Mitwirkung von Vertretern der Neubürger, Fliegergeschädigten, Evakuierten, Verfolgten des Naziregimes, Körperbeschädigten und Hinterbliebenen bei der Bearbeitung und Durchführung des Lastenausgleiches. Gegen die Härten des Währungsgesetzes wird die sofortige Zubilligung von Mitteln zur Beschaffung von Hausrat und zur Wiedererschaffung einer menschlichen Existenz als erste Maßnahme des Lastenausgleiches gefordert.

Weitere Forderungen der Notgemeinschaft sind Freigabe der blockierten Konten in erhöhter Quote, Auszahlung des Ausweisungsgeldes von 500 Mark, soweit das noch nicht geschehen ist, Wiedergutmachung und Haftentschädigung für die politisch Verfolgten, weitgehende Ausgestaltung des Körperbeschädigten-Leistungsgesetzes. Für die Situation in unserer westdeutschen Demokratie dürfte bezeichnend sein, daß die Notgemeinschaft ausdrücklich die Durchführung bereits erlassener Gesetze verlangen muß und daß die Vertreter dieser Organisationen das Recht haben sollen, in allen einschlägigen Fragen mitzusprechen.

Die Kommunistische Partei Heidelberg ließ der Kundgebung der Notgemeinschaft eine Begrüßung überreichen, in der es u. a. heißt:

„Drei Jahre leere Worte und heuchlerische Bemitleidungen, aber keinen Grund und Boden, keine Existenzmöglichkeiten, menschenunwürdige Unterbringung und kaum die notwendigsten Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens — das wurde euch nach eurer Ankunft hier in Westdeutschland geboten. Im Gegensatz zu all diesen leeren Versprechungen wurdet ihr neben den Totalausgebombten von allen deutschen Mitbürgern durch die Währungsreform am schlimmsten betroffen.“

Die nächsten Monate werden den rücksichtslosen Kampf der kapitalistischen Reaktion gegen jegliches soziales Mitempfinden euch noch deutlicher vor Augen führen. Der kommende Lastenausgleich wird unseres Erachtens eine noch größere Enttäuschung insbesondere euch, aber auch allen übrigen Werktätigen bereiten.

Rechte muß man sich erkämpfen, denn nichts wird den Menschen, die ihr Recht fordern, geschenkt. In diesem Kampf um euer Recht werdet ihr stets auf die volle Kamofkraft der Kommunistischen Partei Deutschlands rechnen können. So schwer dieser Kampf auch ist, so groß die Schwierigkeiten, die man euch in der Zukunft in den Weg legen wird, sein mögen, so dürft ihr eine Zuversicht

teidigungswaffe der Republik, Festigung der Reichseinheit, Ausbau der Republik zum organisch gegliederten Einheitsstaat, Reinigung des Polizei- und Beamtenkörpers, Demokratisierung der Verwaltung, Zusammensetzung der Richterkollegien aus allen Volksschichten, entscheidende Mitwirkung der Laienrichter, Einheitschule mit weltlichem Charakter.

Das war vor 26 Jahren. Und heute? Heute stimmen sozialdemokratische Ministerpräsidenten für die Spaltung Deutschlands, gegen die Reichseinheit und für eine Föderalisierung Westdeutschlands, gegen den organisch gegliederten Einheitsstaat. Sie unterwerfen sich fremdem kapitalistischen Willen und arbeiten gegen die Grundsätze ihrer eigenen Partei, sie verleugnen diese Grundsätze, für die Millionen deutscher Arbeiter seit Jahrzehnten ihre ganze Kraft eingesetzt haben.

# Meine Meinung

### Gestern die Nazis — und heute?

Wenn ich die Vergangenheit betrachte, dann scheint es mir, daß es bei dem deutschen Volk langsam zur Gewohnheit geworden ist, ihre Verdienstgroschen durch Spenden und Sammlungen in den Dienst politischer Mächte — gleich welcher — zu stellen. Gestern waren es die Nazis mit ihrem WHW, ihren Kriegsspenden usw., heute sind es wieder andere durch ihre Sammlung für Berlin.

Noch zu gut ist es in Erinnerung, daß die in der Nazizeit gesammelten Gelder für Wohlfahrtszwecke nicht verwendet, sondern der Kriegsrüstung zugeführt wurden. Wer gibt uns die Garantie, daß die aus den Hungerlöhnen der Werktätigen jetzt gesammelten Gelder nicht wieder irgendwelchen machtpolitischen Zwecken zugeführt werden?

Wenn schon die bürgerlichen Parteien und leider sogar die SPD solche parteipolitischen Mannöver durchführen, wie dies meines Erachtens in der Aktion „Rettet Berlin“ der Fall ist, so sollen sie bei ihren Mitgliedern und Anhängern sammeln, aber nicht dieses Parteienspiel auf das ganze Volk übertragen. Der arbeitende Mensch, der vielleicht noch ziemlich gesund ist und noch einigermaßen arbeiten kann, hat keine Lust, seine Kraft für die Politik der Beschützer der Kriegsgewinnler zu opfern. Ich bin der Meinung, daß es besser wäre, daß wir uns mit unserem Geld für die Einheit Deutschlands einsetzen würden, denn dann würde Berlin mehr gedient sein. Wir Deutsche wollen nicht nur Berlin, sondern Deutschland retten. Das muß und kann nur der Wille des deutschen Volkes sein. Wir wollen die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands und wir wollen einen baldigen gerechten Frieden. Wir wollen aber auf gar keinen Fall Schlagwörter, wie: „Belagerte Stadt“, „Vorderste Linie“ usw., denn das erinnert uns zu sehr an Göbbels und Fritsche und Heinz Frenzel, der jetzige Kommentator von Radio Stuttgart hat genau wie Hans Fritsche in seinem Namen die Anfangsbuchstaben H. F. Ist das nicht merkwürdig?

J. M., Heidelberg.

### Wir haben genug von Frenzell!

Schon längst hat man sich die Frage vorgelegt, wer gibt dem Burschen das Recht, in solch gemeiner Art gegen Kommunisten, insbesondere die UdSSR, zu hetzen. Hoffentlich kommt der Tag, wo solchen Stroichen das Handwerk gelegt werden kann. Jeder anständige Deutsche muß solche Hetzer mit seiner ganzen Verachtung strafen. Wir haben genug von Lügenpropaganda à la Fritsche. Solche Mittel sind lediglich ein Zeichen der Schwäche.

L., Grötzingen.

### Schreckgespenst Preiserhöhung

Das deutsche Volk hat schon einen bitteren Vorgeschmack von dem angekündigten Lastenausgleich bekommen durch die Mitteilung, daß der Lastenausgleich keine Gutmachung für Fliegergeschädigte, Flüchtlinge usw. verheißt. Die Währungsreform, von der wir ein besseres Leben erhofften, hat uns um diese Hoffnung ärmer gemacht. Die Preissteigerung ist das Schreckgespenst, welches uns dunkel in die Zukunft sehen läßt. Die Preissteigerung aller lebensnotwendigen Artikel, einschließlich der Lebensmittel, hat begonnen und nimmt täglich zu. Die erhöhten Preise stehen in keinem Verhältnis zu den Löhnen und Gehältern. Was nutzen von ZNW zu Zeit durchgeführte Lohnerhöhungen, würden dann die Preise weiter klettern und das Ende wäre eine Inflation und erneuter Zusammenbruch des Volkes und der Wirtschaft. Schon mal hat die Regierung und der Landtag versagt, als sie in den letzten Jahren die Warenhortung, Korruption, das Nichtstun und Schwarzhandel offensichtlich geduldet haben. Dulden sie auch jetzt wieder die Preissteigerung? Sieht man denn nicht, daß wir einer schlimmeren Notzeit hinsteuern als wie wir sie schon hinter uns haben.

H. L., Jagsthausen.

## Wer die Wahrheit wissen will, liest das „Badische Volksecho“

(Hier abtrennen. Ausfüllen und an die Nordbadische Zeitungsvertriebs GmbH., Mannheim, S 3, 10, senden)

Ich bestelle hiermit ein Postabonnement des „Badischen Volksecho“.

Ich wünsche die Zustellung des „Badischen Volksecho“ durch den örtlichen Austräger. (Unzutreffendes ist zu streichen)

Name .....

Wohnort .....

Straße .....

Unterschrift .....

## Nichtanrechnung des Kopfbetrages - Schutz unserer Kinder gegen Volksseuche Tbc

### Die Forderungen der KPD — Aus dem Mannheimer Stadtrat

Der Mannheimer Stadtrat genehmigte in seiner Sitzung vom 7. 8. 48 die neue Hauptsatzung der Stadt. In Zukunft werden alle wesentlichen und grundsätzlichen Fragen vor dem Gesamtstadtrat behandelt, und weniger wichtige Angelegenheiten in fünf städtischen Ausschüssen erledigt. Die Stadtratsitzungen sind öffentlich, jedoch kann für besondere Angelegenheiten wie bisher die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Frau Stadtrat Langendorf, die Fraktionsvorsitzende der KPD, war der Auffassung, daß auf Verlangen von einem Drittel der Stadtratsmitglieder für die besonderen Fälle öffentliche Verhandlung erfolgen soll. (Die bisherigen gesetzlichen Vorschriften sehen eine solche Möglichkeit vor, Red.) Die übrigen Stadträte waren jedoch anderer Meinung.

Um die Not der Fürsorgeempfänger zu steuern, verlangte die Kommunistische Partei, daß die Kopfquote auf die Fürsorgeunterstützung nicht angerechnet wird. Namens der Stadtverwaltung wurde dazu mitgeteilt, daß nach neuen Richtlinien die Fürsorgeempfänger ab 15. Juli wieder Fürsorgeunterstützung erhalten, da das Kopfgeld nur bis zum 15. Juli angerechnet wird.

Ein weiterer Antrag der Kommunistischen Partei verlangte, daß alle Mannheimer Kinder auf Tuberkulose untersucht werden sollen. Die Stadtverwaltung verwies hierzu auf ein Gesetz des Landtages, welches bestimmt, daß nicht nur alle Kinder, sondern überhaupt alle Einwohner von Württemberg-Baden untersucht werden sollen. Dieses an sich fortschrittliche Gesetz ist aber leider, wie manches

andere auch, nur auf dem Papier stehengeblieben. Frau Stadtrat Langendorf erklärte deshalb, daß man ja nicht gezwungen ist, auf die Durchführung des Gesetzes zu warten. Die Stadt Mannheim habe die meisten Tuberkulosekranken (die Zahl der Kranken beträgt im Stadt- und Landkreis 6389 Personen, davon 1286 Kinder). Es seien ja unsere Mannheimer Kinder, denen wir helfen müssen. Stadtrat Kober erklärte, er sei nicht überzeugt, daß der Antrag der KPD überflüssig sei. Wenn man bei der Tuberkulosefürsorge sparen wollte, dann sei dies am verkehrten Ende gespart. Schließlich wurde von den Vertretern der Stadtverwaltung versprochen, daß nach Fertigstellung der neuen Unterkunft für die Tuberkulosefürsorge in der Ortskrankenkasse man darauf dringen will, daß das staatliche Gesundheitsamt mit der Untersuchung der Mannheimer Kinder beginnt.

Ein weiterer Antrag der Kommunistischen Partei fordert kostenlose Schülerspeisung für alle bedürftigen Kinder. Auch in diesem Punkt wurde durch die Stadtverwaltung das Versprechen abgegeben, daß in allen Fällen, in denen Bedürftigkeit vorliegt, die Schülerspeisung kostenlos verabfolgt werden soll.

Zu einer erregten Debatte kam es im Stadtrat auf Grund der hohen Lebensmittelpreise wie für Obst, Eier usw. Von allen Seiten wurde scharfe Kritik geübt. Mit Recht wurde einer Stadträtin der CDU vorgehalten, daß diese hohen Preise eine Folge der von der CDU verlangten freien Wirtschaft sind.

## Wenn einer gute Beziehungen hat -

### Es gibt Flüchtlinge und „Flüchtlinge“ — Spiegelfabrik auch „großzügig“

Leider hat es nicht jeder Flüchtling so gut getroffen, wie der Herr Gerien aus Altwasser in Schlesien. Es genießt eben nicht jeder die besondere Fürsorge der Konzern-Leitung der Vereinigten Glaswerke. Wir haben bereits in unserer letzten Nummer auf die scharfmacherische Rolle der Konzernleitung hingewiesen, welche sogar die Gewerkschaften aus dem Betriebe ausschließen will, um die Arbeiter desto besser ausbeuten zu können.

Wenn es sich jedoch um einen Günstling handelt, dann ist der Glaskonzern sehr großzügig. Herr G. gehört zur Betriebsleitung in Mannheim-Waldhof und kein Mensch weiß, was er eigentlich dort zu tun hat. Auch seine Vergangenheit ist noch sehr in Dunkel gehüllt. Der Betrieb hat ihm ein sehr geräumiges neues Haus gebaut. Die Baustoffe wurden mit Glas kompensiert. Herr G. erhielt nagelneue Möbel in hervorragender Qualität. Die Möbel wurden mit Glas kompensiert. Zum Haus wurde noch ein Nebengebäude errichtet, das als Hasenstall oder ähnliches dient. Mit den dazu gebrauchten Baustoffen, hätte man eine komplette Wohnung bauen können. Wieso gibt eigentlich die Baupolizei für derartige Materialverschwendung ihre Zustimmung. Das Haus hat normalen Wasseranschluss von der städt. Wasserleitung.

Darüber hinaus hat aber die Spiegelfabrik trotz dem großen Materialmangel noch eine 400 Meter-außergewöhnlich starke Wasserleitung vom Werk aus gebaut, um den umfangreichen Garten kostenlos für Herrn Gerien bewässern zu können. Der Garten ist eingezäunt mit massiven Eisenstangen, die aus der Spiegelfabrik stammen und dort zu betrieblichen Zwecken notwendig gebraucht werden könnten.

So wird gewirtschaftet und Material verschwendet, wenn es sich um einen Herrn handelt, der mit den Konzernkapitalisten in guter Verbindung steht. Die große Masse der Mitmenschen aber konnte im Zeichen der Baustoffbewirtschaftung vielfach nicht das allernotwendigste Baumaterial bekommen. hg.

### Unseren Lesern fällt auf

... daß das Wirtschaftsamt Mannheim eine eigene Benzinsteuer erfunden hat, die es eigenmächtig bei Ausgabe von Benzinmarken durch das Straßenverkehrsamt in Höhe von 1 Pfg. pro Ltr. einzieht.

... daß der schon längst fällige Rest der Kopfquote immer noch nicht ausbezahlt wird.

... daß das „Badische Volksecho“ trotz Aufhebung der Papierbewirtschaftung und 4maligem Erscheinen der Lizenzzeitungen immer noch nicht öfter und in normalem Format erscheinen darf.

## Preiswucherer festgenagelt

Eine Kommission aus Vertretern der Mannheimer Gewerkschaften, der Stadtverwaltung, des Handels und der Presse stellte fest, daß verschiedene Großhändler Zwetschgen zum Preise von 30 Pfg. an der Bergstraße gekauft und zu 42 Pfg. in Mannheim an den Kleinhandel weiterverkauft hatten. Das sind rund 40 Prozent Verdienstsprünge allein für den Großhandel.

Allgemein steht fest, daß die Spanne für den Zwischenhandel mit zirka 40 Prozent unbedingt zu hoch ist. In die 40 Prozent teilen sich die Sammelstellen, der Großhandel und der Kleinhandel. Durch Transportkosten, Steuern usw. werden die Verbraucher noch weiter belastet.

Die Erzeugerpreise werden durch die enorm gestiegenen Preise für landwirtschaftliche Geräte, Düngemittel, Spritzmittel usw. sehr ungünstig beeinflusst.

Die oben erwähnte Kommission hatte zwei Sammelstellen an der Bergstraße

besucht, nachdem die Arbeiter der Mannheimer Motorenwerke auf dem Wochenmarkt nachdrücklich gegen den Preiswucherer demonstriert hatten.



Bild ohne Worte

## Unter der Lupe

### Gefangenen-Mißhandlungen auch bei Daimler-Benz

Wieder war die Mißhandlung von Gefangenen Gegenstand einer Strafkammerversammlung des Landgerichts Mannheim. Der Angeklagte Emil Diemert aus Mannheim-Sandhofen hat bei der Fa. Daimler-Benz als Wachmann die dort untergebrachten KZ-Häftlinge aus Dachau in roher Weise schwer mißhandelt. Der Angeklagte ist infolge einer Verletzung geistig vermindert zurechnungsfähig. Der Staatsanwalt glaubte die naive Frage stellen zu müssen, ob man aus Unfähigkeit oder aus Absicht einen solchen ungeeigneten Menschen zur Gefangenenbewachung verwendet habe. Es ist ihm anscheinend immer noch nicht eingegangen, daß gerade solche Schläger, wie der Angeklagte, für das Naziregime am allergeeignetsten zur Gefangenenbewachung waren.

Der Vorsitzende, es war wieder einmal der von uns schon öfters erwähnte Herr Dr. Silberstein, glaubte auch in diesem Prozeß der Betriebsdirektion bescheinigen zu müssen, daß sie die Mißhandlungen nicht veranlaßt habe. Im Gegensatz dazu wies ein als Zeuge geladener Betriebsrat auf die Mitschuld der damaligen Direktion hin, aber wie gewohnt, hatte der Herr Vorsitzende für solche Aussagen wenig Interesse.

Betriebsangehörige versicherten uns, daß die Mißhandlungen, die der Angeklagte Diemert begangen hat, nur einen kleinen Teil dessen darstellen, was während des Krieges im Daimler-Benz-Betrieb vorgefallen ist. Die Mißhandlungen waren dort an der Tagesordnung; in einem Falle wurde ein Gefangener sogar wegen einer Kleinigkeit aufgehängt, ein anderer Gefangener totgeprügelt. Dies alles geschah unter den Augen einer Direktion, die heute bereits als Mitläufer von der Spruchkammer eingestuft ist.

Der Angeklagte kam mit 6 Monaten Gefängnis billig weg. kg.

### „Neubautätigkeit“ in der Schönausiedlung

(Arb.Korr.) Trotzdem alle Baumaterialien benötigt werden, um durchaus durch Neubau von Wohnungen das Wohnungselend in der ausgebombten Stadt Mannheim zu bekämpfen, erstehen nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in der Schönausiedlung Bauten, die sich mit dem von Oberbürgermeister Dr. Cahn-Garnier verkündeten Grundsatz der größten Sparsamkeit mit Baumaterialien nicht vereinbaren lassen. So reißt gegenwärtig das Milchgeschäft Bollmann in der Schönausiedlung eine neue Garage ab und zerstört dazu noch einen angelegten Obstgarten, nur um Platz zu schaffen für eine große Weinkellerei, die der Schwiegersohn errichten und betreiben will. Ein Leser aus der Schönausiedlung fragt an, wer eigentlich zu solchem Unfug die Genehmigung erteilt und ob es nicht viel besser wäre, das für den Weinkeller vorgesehene Baumaterial zu beschlagnahmen und damit das Siedlungshaus einer Familie auszubauen, welche mit vier kranken Kindern immer noch in einem Dr.-Ley-Vogelkäfig hausen muß.

Dem Laien werden die Ratschläge der Behörde wohl immer unerforschlich bleiben. So läßt sich beim besten Willen kein greifbarer Grund aufzudeckeln, warum einerseits der Bau einer Weinkellerei in der Schönausiedlung die behördliche Genehmigung findet, während zu gleicher Zeit der Aufbau und das Betreiben eines Kohlegeschäftes durch einen Kriegsversehrten der Ablehnung verfällt, trotzdem dazu kein Baumaterial benötigt wird und obwohl für die Bewohner der Schönausiedlung ein Kohlegeschäft zehnmal notwendiger ist, als eine Weinkellerei.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 20 000.